

RESEARCH

Leandros Fischer

Zwischen Internationalismus und Staatsräson

Der Streit um den Nahostkonflikt
in der Partei DIE LINKE



Springer VS

Zwischen Internationalismus und Staatsräson

Leandros Fischer

Zwischen Internationalismus und Staatsräson

Der Streit um den Nahostkonflikt
in der Partei DIE LINKE

Leandros Fischer
Köln, Deutschland

Diese Arbeit wurde mit der großzügigen Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung angefertigt.

ISBN 978-3-658-13353-5 ISBN 978-3-658-13354-2 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-13354-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Inhalt

Abbildungen	11
Tabellen	11
1 Einleitung	13
1.1 Bisherige Forschung	17
1.2 Fragestellung und Aufbau der Arbeit	20
2 Theoretische Grundlagen	25
2.1 Diskurs- oder Policy-Analyse?	26
2.1.1 Das Feld	30
2.1.2 Der Habitus	31
2.1.3 Die Interaktion von Habitus und Feld	33
2.2 Das parlamentarische Feld	34
2.2.1 Parteien als „korporative Akteure“	36
2.2.2 Struktur, Handlung, Ideologie	38
2.2.3 Welche Institutionen?	39
2.2.4 Dominante Koalitionen und Programmatik	40
2.2.5 Fragmentierung und parteiinterne Opposition	42
2.2.6 Die Austragung von Konflikten in Parteien	43
2.3 Das Bewegungsfeld	44
2.3.1 Zwei Definitionen sozialer Bewegungen	45
2.3.2 Politische Gelegenheitsstrukturen	47
2.3.3 Die internationale Dimension sozialer Bewegungen	48
2.4 Das ideologische Feld	49
2.4.1 Die Ursprünge des Begriffes „links“	50
2.4.2 Der Begriff „links“ in Deutschland heute	51
2.4.3 Zum Begriff „links“ im Kontext des Nahen und Mittleren Ostens	52
2.4.4 Antisemitismus und Antizionismus	53
2.4.5 Antimuslimischer Rassismus und Orientalismus	54

3	Die Ursprünge des Nahostkonfliktes	57
3.1	Der Zionismus und der Weg zur Staatsgründung Israels	57
3.1.1	Der unvermeidliche Konflikt	58
3.1.2	Der UNO-Teilungsplan	60
3.1.3	Die Nakba und die palästinensische Flüchtlingsfrage	61
3.2	Drei Facetten des Zionismus	63
3.2.1	Der Zionismus als eine Reaktion auf den Antisemitismus	63
3.2.2	Der Zionismus als eine besondere Form des Siedlerkolonialismus	64
3.2.3	Der Linkszionismus als Faktor der linken Nahostrezeption	67
4	Gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus	69
4.1	Der Antisemitismus als gesellschaftliches Problem und politische Ideologie	69
4.1.1	Antisemitismus in Deutschland nach 1945	69
4.1.2	Sekundärer Antisemitismus	71
4.1.3	Antisemitismus und Nahostkonflikt	73
4.1.4	Antisemitismus und Nahostkonflikt innerhalb muslimischer Milieus	77
4.2	Der antimuslimische Rassismus als salonfähige Form des Rassismus heute	78
4.2.1	Die Kulturalisierung des Rassismus nach 1945	78
4.2.2	Antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus und Nahostkonflikt: Die Konstruktion einer neuen „imaginierten Gemeinschaft“	81
4.2.3	Berührungspunkte zwischen linken Diskursen, antimuslimischem Rassismus und Nahostkonflikt	84
5	Methodik der empirischen Datenerhebung	87
5.1	Semistrukturierte Experteninterviews	88
5.1.1	Wer ist Experte? – Zur Reichweite und den Grenzen des Expertenbegriffes in der linken Nahostdebatte	89
5.1.2	Zusammensetzung der Stichprobe	92
5.1.3	Durchführung und Auswertung der Interviews	93
5.2	Weitere Mittel der Datenerhebung	94
5.3	Probleme und Methodenkritik	95

6	Linke und Nahostkonflikt vor 1948	97
6.1	Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Antisemitismus und zum Zionismus	98
6.1.1	Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich	99
6.1.2	Sozialdemokratie und Zionismus bis 1967	100
6.2	Kommunistische Bewegung, Antisemitismus und Zionismus	104
6.2.1	Die KPD in der Weimarer Republik (1919-1933)	105
6.2.2	Antisemitismus und Israelfeindschaft in den Ostblockstaaten (1945-1990)	108
6.2.3	Antisemitismus und Israelfeindschaft in der DDR	110
6.2.4	Eine zionistisch-kommunistische Symbiose?	112
6.3	DIE LINKE und ihre Sicht auf die Geschichte	116
7	Das Zeitalter des Antiimperialismus	121
7.1	Die Neue Linke in Deutschland und der Nahostkonflikt	122
7.1.1	Der Sechs-Tage-Krieg und die Wendung der deutschen Linken	125
7.1.2	Die Positionierung der radikalen Linken nach 1970	129
7.1.3	Der Wandel innerhalb der Sozialdemokratie	132
7.2	Die neue palästinensische Nationalbewegung	134
7.2.1	Die Rezeption der palästinensischen Nationalbewegung durch die Neue Linke	136
7.2.2	Der palästinensische Widerstand in der Bundesrepublik	137
7.2.3	Die Verhältnis der PLO zum Judentum und zu Israel	138
7.3	Ein Antisemitismus der Neuen Linken?	140
8	Die Ära der Zweistaatenlösung	147
8.1	Friedensbewegung, Grüne und Nahostkonflikt	148
8.2	Exkurs: Die Ankunft des Holocausts im gesellschaftlichen Bewusstsein	152
8.2.1	Deutsche Vergangenheitsdebatten in den 80er Jahren	154
8.2.2	Postones Lesung des NS-Antisemitismus	156
8.2.3	Die These vom „eliminatorischen Antisemitismus“ (im Nahen Osten)	158
8.3	Die Oslo-Jahre	160
8.3.1	Der kürzeste Frieden	161
8.3.2	Die deutsche Linke und die Oslo-Jahre	162
8.3.3	Der Kollaps des Oslo-Prozesses	164
8.4	Der politische Islam als Faktor im Nahostkonflikt	165
8.4.1	Der politische Islam als Populismus	166

8.4.2	Die politische Entwicklung der Hamas	167
8.4.3	Linke Perspektiven auf den politischen Islam	169
8.5	Die Entstehung und Entwicklung der antideutschen Strömung	171
8.5.1	Die Kontroverse um das „Aktionsbündnis Palästina 1988“	172
8.5.2	Der Umbruch von 1989 bis 91	174
8.5.3	Antideutsche Diskurse nach 2001	178
9	Die LINKE als korporativer Akteur	185
9.1	Politische Ursprünge und Traditionen	187
9.1.1	Von der Partei der DDR-Dienstklasse zur Protestpartei: die PDS	188
9.1.2	Rebellische Gewerkschaftler und kritische Intelligenz: die WASG	192
9.2	Strömungen und Zusammenschlüsse	193
9.2.1	Die Antikapitalistische Linke (AKL)	194
9.2.2	Die Sozialistische Linke (SL)	195
9.2.3	Das Netzwerk Marx21	196
9.2.4	Das Forum Demokratischer Sozialismus (FDS)	198
9.2.5	Die Emanzipatorische Linke (Ema.li)	199
9.2.6	Der BAK Shalom	201
9.3	Die Institutionalisierung der Linkspartei	205
9.3.1	Das „genetische Modell“ der Linkspartei	206
9.3.2	Situatives Charisma: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine	207
9.3.3	Innerparteiliche Fragmentierung und die Herausbildung einer kollektiven Identität	217
9.4	Die elektorale Arena der Einbettung der LINKEN	220
9.4.1	DIE LINKE in postdemokratischen Zeiten	220
9.4.2	Soziostrukturelle Merkmale von Wählern und Parteimitgliedern	223
9.4.3	Politikverständnisse von Akteuren zwischen Parlamentarismus und Bewegungsorientierung	224
9.4.4	Kulturelle Faktoren: Die Linkspartei als ein Beispiel „negativer Integration“	229
9.5	Der Verlauf der innerparteilichen Nahostauseinandersetzung	235
9.5.1	„Gegossenes Blei“: Getrennt marschieren	236
9.5.2	Die Rede von Shimon Peres vor dem Bundestag und die Ausladung von Norman Finkelstein durch die Rosa- Luxemburg-Stiftung	239
9.5.3	Der Angriff auf die Gaza-Flottille	241

9.5.4	Die Linke in der Krise und die Krise der LINKEN	245
9.5.5	Der „Antisemitismusbeschluss“ vom 7. Juni 2011	249
9.5.6	Die Nominierung von Beate Klarsfeld	256
9.5.7	Der Angriff auf Gaza im Sommer 2014	257
9.5.8	Die Frage der Bündnispolitik auf deutschen Straßen	260
10	Deutsche Außenpolitik, Nahostkonflikt und Linke	265
10.1	Die außenpolitische Normalisierung der Bundesrepublik	266
10.2	Die Entwicklung der deutschen Nahostpolitik	268
10.2.1	Deutsche Nahostpolitik zwischen Westbindung und Hallstein-Doktrin	269
10.2.2	Die Europäisierung der deutschen Nahostpolitik	270
10.2.3	Der Aufstieg der Sicherheit Israels zum Bestandteil der „deutschen Staatsräson“	271
10.2.4	Moral oder Realpolitik?	276
10.3	Das außenpolitische Paradigma der Linkspartei	276
10.3.1	Der Imperialismusbegriff zwischen analytischem Instrument und politischer Identität	277
10.3.2	Grundrisse der LINKEN-Außenpolitik	281
10.3.3	Das Verständnis der Weltordnung nach dem „Arabischen Frühling“	283
10.3.4	Zwischenfazit	284
11	Neue Bewegung(en) im Nahostkonflikt	287
11.1	Die BDS-Kampagne und die LINKE	290
11.1.1	Die konfliktbezogene Dimension der BDS-Kampagne innerhalb der LINKEN	293
11.1.2	Die kulturellen Dimensionen der BDS-Kampagne	299
11.1.3	Boykott von Siedlungsprodukten: Taktik versus Strategie	303
11.2	Ein oder zwei Staaten?	305
11.2.1	Die Position der LINKEN	307
11.2.2	Das „Existenzrecht Israels“ – Deutungen und Hintergründe	311
11.2.3	Linke Lehren aus dem Holocaust	316
11.3	Eine wachsende Entfremdung	319
12	Fazit: Annäherung an die Staatsräson?	323
12.1	Die Entwicklung der Felder der Nahostdebatte	325
12.2	Eine Frage der Regierungsfähigkeit?	331

12.3	Linke, Staat und Ideologie	337
12.4	Wie geht es weiter für DIE LINKE? Vier Szenarien	340
	Quellenverzeichnis	343
	Die Debatte in der LINKEN	343
	Themenkomplex Linke und Nahostkonflikt	347
	Berichte/Statistisches	351
	Sekundärliteratur	352

Abbildungen

Abbildung 1: Die Felder der Nahostdebatte in der LINKEN	29
Abbildung 2: Beispiel der Überschneidungen der verschiedenen Felder der linken Nahostdebatte	34
Abbildung 3: Die Partei als institutionalisierte Institution	37
Abbildung 4: Relative Position der Milieus der linken Nahostdebatte	229

Tabellen

Tabelle 1: Register der Teilnehmer der Stichprobe	23
Tabelle 2: Entwicklung der linken Palästinasolidarität in der Bundesrepublik ab 1967	291

1 Einleitung

„Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE werden auch in Zukunft gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion DIE LINKE tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf. Die Mitglieder der Bundestagsfraktion erklären, bei all unserer Meinungsvielfalt und unter Hervorhebung des Beschlusses des Parteivorstandes gegen Antisemitismus vom 21. Mai 2011:

Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‚Gaza-Flottille‘ beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.“¹

Diesen Beschluss, der den Namen „Entschieden gegen Antisemitismus“ trug, erließ die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE am 7. Juni 2011. Die Umstände seiner Verabschiedung wurden als kontrovers bezeichnet. Mehrere Abgeordnete boykottierten die Abstimmung, während andere Stellungnahmen veröffentlichten, in denen sie sich von ihm distanzieren. Dem Beschluss ging eine für deutsche Verhältnisse vehement und öffentlich geführte innerparteiliche Debatte zum Konflikt zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern voraus. Öffentliche Denunziationen sowie Antisemitismusvorwürfe unter Angehörigen der Partei trugen in verschiedenen Etappen zu dieser Vehemenz bei. Von großen Medien und anderen Bundestagsparteien wurde der Streit öfters unter dem Stichpunkt eines „Antisemitismus-Streits“ oder vielmehr eines ungeklärten Verhältnisses der Partei zum Staat Israel gedeutet.² Was war passiert?

Die mögliche Antwort auf diese Frage ist so vielschichtig wie die Debatte selbst. Von Kritikern der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern wurde eine Instrumentalisierung der Nahostfrage durch den eher in Ostdeutschland verankerten Reformflügel der Partei beklagt, die dem Zweck einer „Anpassung“ der pluralistischen Linkspartei an die „deutsche Staatsräson“ diene. Von der anderen Seite wurde die Forderung nach einem Bruch mit dem linken

1 „Entschieden gegen Antisemitismus“. DIE LINKE, Webpräsenz. 8. Juni 2011: <http://tinyurl.com/kxjas5x>

2 Vgl. „Linke und Israel: Verzwickte Antisemitismus-Debatte“. Zeit Online. 27. Juni 2011: <http://tinyurl.com/42r5g65>

Antizionismus gestellt sowie nach einem eindeutigen Bekenntnis zum „Existenzrecht Israels“. Von der großen Mehrheit bestehend aus Parteifunktionären, einfachen Mitgliedern und Sympathisanten dagegen wurde und wird die Debatte immer noch so weit wie möglich und bewusst vermieden.

Spaltungsprozesse stellten für die Geschichte der deutschen Linken keine Neuigkeit dar, und die Frage über die Positionierung zum Nahostkonflikt³ hat sich in den letzten dreißig Jahren als eine der destruktivsten in dieser Hinsicht erwiesen. Doch im Fall der Linkspartei ist der interne Streit über den Nahostkonflikt aus drei wichtigen Gesichtspunkten von Bedeutung.

Als erster kann hier das Wesen der Linkspartei selbst genannt werden. Die Linkspartei ist eine Partei „neuen Typs“, allerdings nicht im leninistischen Sinne des Begriffes. Den kleinsten gemeinsamen Nenner ihrer Mitgliedschaft bildet eine Ablehnung des wirtschaftlichen Neoliberalismus, bei einer gleichzeitigen Ablehnung deutscher Kampfeinsätze im Ausland. Dazwischen existiert eine Vielfalt politischer Vorstellungen, die von einer revolutionären Überwindung des Kapitalismus bis hin zu seiner sozialeren Gestaltung reichen. Der politische Charakter der Partei ist in gewisser Hinsicht von zeitlichen Konstellationen bestimmt; sie vertritt eine generell linkskeynesianische und antimilitaristische Haltung, in einer Zeit, in der sich die politischen Koordinaten im seit ungefähr dreißig Jahre andauernden neoliberalen Kapitalismus deutlich nach rechts verschoben haben. Sie ähnelt darin anderen europäischen Linksparteien wie der griechischen Syriza oder der französischen Front de Gauche, die seit Beginn des neuen Jahrtausends die politische Landschaft ihrer Länder mitprägen (vgl. Spier/Wirries 2007).

Eng mit diesem Aspekt verwoben ist der Gesichtspunkt des strukturellen Rahmens, in dem sich die Partei bewegt. Dieser Rahmen muss nicht nur als ein politischer, sondern auch als ein gesellschaftlicher und medial vermittelter begriffen werden. Konkret bei der Frage des für die deutsche Öffentlichkeit höchst neuralgischen Nahostkonfliktes lässt sich in den letzten zwanzig Jahren eine stärkere und über die Parteigrenzen hinaus reichende Hinwendung der politischen Klasse zum Staat Israel beobachten. Der Charakter dieser Entwicklung ist vielfältig. In ihm sind nicht nur Aspekte bilateraler vertiefter politischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel enthalten, sondern auch die gesellschaftliche Vermittlung von diesem Verhältnis. Letztere ist vor allem mit

3 Der Begriff „Nahostkonflikt“ wird hier als Synonym für die Auseinandersetzung zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern verwendet. Mit „Nahost“ soll der regionale Charakter dieses Konfliktes verdeutlicht werden, der in den letzten Jahren Ereignisse wie beispielsweise den Libanonkrieg von 2006 sowie den Streit um das iranische Atomprogramm miteinbezog.

dem Wesen der politischen Kultur der Bundesrepublik verwoben, sowie der zentralen Bedeutung der Verarbeitung des Erbes des Nationalsozialismus und vor allem dessen Antisemitismus.

Die Gleichsetzung von Israel, Judentum und Zionismus, und die Interaktion dieser Begriffe mit Prozessen der „außenpolitischen Normalisierung“ nach 1990 (Hawel 2006a) hat in den letzten Jahren zu einer eigenartigen Situation geführt, die laut Kritikern von einer Instrumentalisierung und Ideologisierung des sensiblen Antisemitismusvorwurfs für realpolitische und vom Gegenstand des Vorwurfs unabhängige Ziele gekennzeichnet ist (Zuckermann 2010). Kein anderes Ereignis hat diese Entwicklung exemplifiziert wie das von Angela Merkel vor der Knesset formulierte Postulat im Jahr 2006, Israels Sicherheit bilde einen Bestandteil der „deutschen Staatsräson“, einer Staatsräson, die spätestens seit der deutschen Beteiligung am Jugoslawienkrieg 1999 auch früher undenkbbare Auslandseinsätze der Bundeswehr miteinschließt.

Das Wesen der Staatsräson als ein über Parteiengrenzen hinweg geteiltes Verständnis „nationaler Interessen“ bildet einen impliziten Gegenstand der auch innerparteilich geführten Diskussion über eine mögliche Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik stand eine politische Formation links der Sozialdemokratie entlang der Spaltungslinie von Kapital und Arbeit einer solchen Eventualität so nah, die auch einen möglichen Aushandlungsprozess über die Frage der Außenpolitik miteinschließt. Subsumiert werden kann die Bedeutung des Nahostkonfliktes in diesem Kontext folgendermaßen: Das enge deutsche Verhältnis zu Israel bildet einen der Eckpunkte der von allen anderen Bundestagsparteien vertretenen außenpolitischen Konzeption. Gleichzeitig ist es diese Komponente der Konzeption, die aus historischen Gründen die stärkste emotionale Wirkung entfaltet. Die Frage des Verhältnisses der Linkspartei zu Israel bildet somit einen entscheidenden Kernpunkt in der Frage einer Regierungsbeteiligung, die verständlicherweise auch die Formulierung einer gemeinsamen außenpolitischen Richtlinie in sich trägt.⁴

Das Konfliktpotenzial dieser Frage wird bei einer Berücksichtigung des dritten relevanten Gesichtspunktes deutlich. Der von medienwirksamen Gewaltausbrüchen gekennzeichnete Nahostkonflikt entfaltet seit seiner Entstehung eine Dynamik, die im Interaktionsverhältnis zu regionalen sowie globalen Entwicklungen steht. Jede seiner Etappen wurde durch andere Kräfteverhältnisse und

4 Andere Fragen, die im Kontext einer Zusammenarbeit anderer Parteien mit der LINKEN eine ähnliche Rolle spielen, sind das Verhältnis der Partei zur DDR-Vergangenheit sowie zur EU- und NATO-Mitgliedschaft. Doch es ist die Frage des Verhältnisses zu Israel mit ihrem diskursiven Anschluss zu der für die deutsche politische Kultur entscheidenden Betrachtung der NS-Vergangenheit (vgl. Lepsius 1989, Herz/Schwab-Trapp 1997), die wohl den neuralgischsten Charakter aufweist.

unterschiedliche Strategien seiner angestrebten Lösung bestimmt. Seit dem Ende der zweiten palästinensischen *Intifada* im Jahr 2005 wird das Wesen des Konfliktes durch eine Multitude von Entwicklungen allmählich beeinflusst. Vorherrschend ist hier das faktische Ende des seit den 90ern andauernden Oslo-Prozesses, der sich auf das Paradigma einer Zweistaatenregelung zwischen Israel und Palästinensern stützte. Zwar finden nach wie vor Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde statt, in denen die USA die Maklerrolle einnehmen, doch der Glaube an den Erfolg einer Zweistaatenlösung besitzt eine weitaus weniger hegemoniale Stellung innerhalb der palästinensischen und israelischen Gesellschaften als in den 90er Jahren.

Hervorgerufen von diesem Zustand ist eine zweite Entwicklung, die als eine tiefe strukturelle Krise der palästinensischen Nationalbewegung begriffen werden kann (Baumgarten 2005). Angelehnt an die Folgen dieser Krise sind zwei langfristige Prozesse. Als einer davon kann die Beanspruchung politischer Hegemonie in Palästina seitens der islamistischen Hamas-Partei aufgefasst werden, was wiederum in einen breiteren Prozess des Vormarsches des politischen Islam in der Region seit der iranischen Revolution von 1979 einzureihen ist. Ein anderer Prozess ist jedoch spezifisch palästinensisch und betrifft das Wachstum der 2005 ins Leben gerufenen globalen Kampagne für einen wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott Israels, die Erhebung von Sanktionen gegen besagten Staat sowie den Abzug von Investitionen, auch als BDS-Kampagne (*Boycott, Divestment, Sanctions*) bekannt. Initiiert von zahlreichen Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft und mit dem Vorbild der Boykott-Kampagne gegen das frühere Apartheidregime Südafrikas, verzeichnet BDS in den letzten Jahren ein exponentielles und durch zahlreiche Erfolge gekennzeichnetes Wachstum, das zu signifikanten Verschiebungen im globalen Diskurs über den Nahostkonflikt führt.

Für die spezifisch linke Rezeption des Nahostkonfliktes in Deutschland wirft diese Entwicklung bedeutungsvolle Fragen auf. Erkennbar in dieser Rezeption sind vier sich teilweise überlappende Zeitphasen. Beginnend in den 50ern war die Haltung der Linken in der Bundesrepublik von Sympathien für den jungen Staat Israel geprägt. Mit dem Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967, sowie unter dem Einfluss der Bewegung gegen den US-Krieg in Vietnam, setzt sich innerhalb der Linken eine antiimperialistisch begründete Solidarität mit der PLO durch. Diese wird wiederum spätestens ab Anfang der 90er Jahre durch die hegemoniale Vorstellung einer aus Verhandlungen hervorgehenden Zweistaatenlösung im Nahen Osten abgelöst. Mit dem Scheitern des Oslo-Prozesses im Jahr 2000 verliert dieses Paradigma zunehmend an Substanz und wird durch teilweise heftig geführte szeneninterne Auseinandersetzungen zwischen palästinasolidarischen „Antiimperialisten“ und israelsolidarischen „Antideutschen“ ersetzt.

Der bewusst pluralistische und nahezu die Geschichte der deutschen Linken transzendierende Anspruch der Linkspartei macht diese zum Ort, wo Argumentationsstrukturen aus allen hier geschilderten Phasen existieren. Insofern kann behauptet werden, dass die Gründung der Linkspartei einen institutionellen und selbst institutionalisierten sowie organisatorisch demarkierten Raum schuf, in dem sich eine der ältesten und im höchsten Maße kontroversen Debatten der deutschen Nachkriegslinken abspielt. Die Tatsache, dass die Linkspartei zu einer der Konstanten im deutschen Parlamentarismus aufgestiegen ist, aber auch die Realität von durchaus engen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel verleihen dem hier untersuchten Forschungsgegenstand eine besondere Brisanz.

1.1 Bisherige Forschung

Das Thema „deutsche Linke und Nahostkonflikt“ umfasst einen breiten Themenkomplex, der unter anderem auch das Verhältnis der historischen Arbeiterbewegung zum Antisemitismus und zum Zionismus mitbeinhaltet. Beispielhaft für diese Art der Forschung sind die Werke des aus der DDR stammenden Historikers Mario Keßler (1993, 2004). Angelika Timm (1997), eine ehemalige DDR-Karrierediplomatin und frühere Leiterin des Tel Aviver Büros der Linksparteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung ist dazu die Verfasserin einer höchst detaillierten und auf historischen Dokumenten basierenden Abhandlung des Verhältnisses der DDR zum Staat Israel und indirekt zur PLO. Eine ähnliche Stoßrichtung verfolgt auch das Werk von Thomas Haury (2002) über die antisemitischen Auswüchse des Stalinismus in der frühen DDR. Es wäre nicht verfehlt, die Behauptung aufzustellen, dass ein beträchtlicher Teil der relevanten Forschungsliteratur aus einer Perspektive verfasst wurde, in der ein als „problematisch“ (Keßler 1993) oder „gestört“ (Timm 1997) empfundenes Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung bzw. der DDR zum Antisemitismus und zum Zionismus – und weniger der Nahostkonflikt – im Mittelpunkt der Betrachtung steht.

Ein zweiter Strang der verwandten Forschung befasst sich konkreter mit der linken Metadebatte zum Nahostkonflikt in der Bundesrepublik. Ein erster Versuch, eine Historiographie des Verhältnisses der deutschen Nachkriegslinken zum Konflikt darzulegen, unternahm das Werk von Martin Kloke *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses* (1990). Erschienen exakt zum Zeitpunkt einer innerhalb der radikalen Linken als Niederlage empfundenen Situation nach der deutschen Wiedervereinigung, skizziert das Werk den Werdegang der deutschen Linken von einer „pathetischen Glorifizierung des Staates Israel“ (1990: 46) vor 1967 hin zu einer palästinasolidarischen

Haltung in den 70ern und deren Abwicklung ab Anfang der 80er Jahre. Obwohl Klokes Werk einen nützlichen Grundriss liefert, wurde die Arbeit „in ihrer methodischen Anlage [als] höchst fragwürdig [...] und in der Auswahl empirischer Belege überaus selektiv“ kritisiert (Steffen 2002: 110, Fußnote).⁵

Durchaus sorgfältiger und wissenschaftlicher ist die Herangehensweise des Soziologen Peter Ullrich mit einer überwiegend diskurstheoretischen Sichtweise auf die Thematik. Vor allem zwei seiner Schriften sind hier von großer Bedeutung. Zum einen hat Ullrich (2008) eine gründliche Darstellung und den Vergleich linker Nahostdiskurse in Deutschland und Großbritannien geliefert. Zum anderen, und nicht zuletzt im Zuge des Nahoststreits der Linkspartei, hat Ullrich (2013) eine Textsammlung mit dem Titel *Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt* herausgegeben, die insbesondere aufgrund der Einreihung des Aspektes der Islamfeindlichkeit in den behandelten Themenkomplex in gewisser Hinsicht ein Novum für die deutsche Diskussion ist. Ullrichs diskurstheoretische Sichtweise liefert viele neue Erkenntnisse, auf die sich die vorliegende Studie stützt. Gleichzeitig jedoch weist besagte Sichtweise, die von der Prämisse ausgeht, dass „diskursive Deutungsprozesse für die Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse eine eigenständige Relevanz besitzen“ (2008: 14) einige Begrenzungen auf, mit denen sich diese Untersuchung auch auseinandersetzt. Ullrichs und Keßlers Werke sind hier von erheblicher Bedeutung, nicht nur aufgrund der darin gelieferten wichtigen Erkenntnisse, sondern auch wegen ihrer Schlüsselrolle im wissenschaftlichen Diskurs über das Verhältnis der Linken sowohl zum Nahostkonflikt als auch zum Antisemitismus.

Die linke Debatte zum Nahostkonflikt in Deutschland ist tatsächlich in den letzten Jahren in den Rang eines autonomen Studienfelds aufgestiegen. Emblematisch dafür sind die Beiträge von Moshe Zuckermann (2010, 2012, 2013), der sich als Vertreter der Kritischen Theorie und wissenschaftliche Autorität im Bereich deutsch-israelischer kultureller und erinnerungspolitischer Verflechtungen mit der Schlüsselrolle der Holocaust-Erinnerung für die politischen Kulturen Israels und der Bundesrepublik (1999) gründlich befasst hat. Schließlich hat die LINKE-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung den Nahostkonflikt zu einem ihrer wichtigsten bildungspolitischen Schwerpunkte erhoben, wovon zahlreiche Veranstaltungen sowie die Veröffentlichung eines Sammelbands (Hawel/Blanke 2010) zeugen. Darüber hinaus ist auf die Existenz einer kritischen Masse von Literatur bezüglich der „antideutschen“ Strömung hinzuweisen. Als zwei Werke sind hier ein von Gerhard Hanloser (2004) herausgegebener Sammelband sowie eine theoretische Auseinandersetzung „antideutscher“ Ideologie des wertkritischen Mar-

5 Ein Zusammenhang mit Klokes prozionistischen Positionen ist hier nicht auszuschließen. „Israel – Alptraum der deutschen Linken?“. Compass. Online-Extra Nr. 44, 2007: <http://tinyurl.com/ypmys3>

xisten Robert Kurz (2003) zu nennen. Ersterer Sammelband ist aus einer historischen Perspektive von Bedeutung, und auf diese wird in dieser Untersuchung mehrmals zurückgegriffen.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass angesichts der Pluralität der Veröffentlichungen zum Thema die Unterscheidung zwischen wissenschaftlichen und eher populärwissenschaftlichen Abhandlungen nicht immer gelang. Der höchst umstrittene Begriff eines „neuen Antisemitismus“, der die Feindschaft zu Israel zum zentralen Inhalt habe (Rabinovici et al. 2004), ist ein Beispiel für die nicht immer eindeutige Grenze zwischen wissenschaftlicher Forschung einerseits und dem „israelisch-arabischen Krieg der Narrative“ (Achcar 2009) andererseits. Die vor einigen Jahrzehnten undenkbare Leichtigkeit, mit der in neuester Zeit von einem „linken Antisemitismus“ (Brosch 2004) die Rede ist, wirft Fragen über eine mögliche Ideologisierung der Antisemitismusforschung auf, vor allem bezogen auf den Aspekt des Nahostkonfliktes.⁶

Keine andere Tatsache verdeutlicht diese Gefahren so sehr wie der Aspekt der vor allem in Deutschland verbreiteten Literatur über die Verbindungen zwischen dem Nationalsozialismus und arabisch-nationalistischen sowie islamistischen Ideologien. Das Buch von Matthias Küntzel *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg* (2003) ist eines der besten Beispiele für einen als dilettantisch und befindlichkeitsbeladen kritisierten Versuch (Achcar 2009: 169f.), eine Verbindungslinie zwischen deutschen Nazis und Israels nahöstlichen Feinden herzustellen. Das Buch von Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers *Halbmond und Hakenkreuz: Das Dritte Reich, die Araber und Palästina* (2006), eine auf deutsche Archive gestützte Untersuchung deutsch-palästinensischer Beziehungen im Dritten Reich, ist zwar wissenschaftlicher verfasst als das von Küntzel, doch ähnlich wie dieses leidet es unter den nichtvorhandenen Arabischkenntnissen seiner Autoren (Achcar 2009: 171).

Die besagte Literatur betrifft vielleicht nicht direkt die Frage des Verhältnisses der Linken zum Nahostkonflikt, doch im politisch-kulturellen Kontext von Erinnerungspolitik und der Frage der politischen Schlussfolgerungen, die dem NS-Völkermord an den europäischen Juden in Deutschland entspringen, darf die Wirkung solcher Werke auf die linke Debatte zum Nahostkonflikt nicht unterschätzt werden. Dazu kommt die nicht unwichtige Tatsache, dass Autoren wie Küntzel – ein ehemaliges führendes Mitglied des maoistischen Kommunistischen Bundes – ihre publizistische Karriere innerhalb der radikalen Linken begannen.

6 Von Edward Said wurde diese Ideologisierung der Forschung um den Nahostkonflikt unter dem Begriff von *spurious scholarship* aufgefasst („falsche Gelehrsamkeit“) (Said/Hitchens 1988).

Zwar haben sich die am Anfang dieses Abschnittes vorgestellten Werke mehrheitlich den Gefahren dieser Art von Literatur entzogen. Doch es ist auffällig, dass der wichtigste diskursive Rahmen der bereits vorhandenen Forschung zum Thema „deutsche Linke und Nahostkonflikt“ das historisch determinierende Verhältnis der deutschen Linken zu einem der beiden Konfliktparteien ist, nämlich Israel. Dieses Verhältnis wird weiterhin implizit und explizit im Kontext einer erweiterten Haltung der deutschen Linken zum Judentum platziert. Es existiert so aufgrund des Nahostkonfliktes ein Diskurs über „Linke und Antisemitismus“, ein entsprechender Diskurs über „Linke und antimuslimischen Rassismus“ ist dagegen nicht vorhanden oder nur moderat entwickelt. Dieser Methodologie wohnt die Gefahr der Reduktion linker Sichtweisen zum Nahostkonflikt in Deutschland auf sozialpsychologische und identitätsbasierende Faktoren inne, die von den historischen und gesellschaftlichen Strukturen des besonderen Verhältnisses Deutschlands zum Antisemitismus de facto überdeterminiert sind und die Autonomie individueller und kollektiver Subjekte einschränken. Dabei läuft diese Herangehensweise Gefahr, andere und ebenfalls wichtige Faktoren in der Thematik zu vernachlässigen – etwa die Bedeutung ideologischer Faktoren wie der Entwicklung linker Imperialismuskritik, aber auch die zunehmend transnationale Verflechtung des deutschen Nahostdiskurses sowie die große Rolle, die Subjekte mit einem Migrationshintergrund in der gesellschaftlichen Debatte über Nahost einnehmen.

1.2 Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Diese Abhandlung besitzt den Anspruch, diese weiteren Faktoren in die Untersuchung miteinzubeziehen. Der Forschungsgegenstand eines institutionalisierten kollektiven Akteurs wie der Linkspartei wird als eine geeignete Plattform für dieses Vorhaben erachtet. Als wichtigstes Ziel der Untersuchung kann der Versuch bezeichnet werden, die diversen Motivationen von Diskursen und Handlungen innerhalb der Nahostdebatte der LINKEN zu identifizieren: *Sind diese realpolitisch oder ideologisch motiviert? In welchem Zusammenhang steht die ideologische Entwicklung der deutschen Linken bei dieser Frage mit dem Wesen eines institutionalisierten politischen Akteurs? Und welche sind die externen und internen Faktoren sowie ihre Dynamiken, die die generelle Positionierung der Linkspartei zum Nahostkonflikt bestimmen?*

Die Beantwortung dieser Fragen stellt eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar. Denn hier wird einerseits eine Parteistruktur untersucht, andererseits aber auch die Konturen einer bewegungspolitischen und ideologischen Entwicklung der deutschen Linken – allgemein sowie konkret bezogen auf die

Frage des Nahostkonfliktes. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, wird hier eine dreigliedrige Struktur auf den Forschungsgegenstand angewendet, die sich an Pierre Bourdieus Feldtheorie anlehnt. Es wird angenommen, dass das hier untersuchte Thema entlang drei Felder zu verorten ist. Dazu zählen ein parlamentarischer, ein bewegungspolitischer und ein ideologisches Feld. Alle drei Felder verfügen über eine relative Autonomie und rufen unterschiedliche und teils widersprüchliche Dynamiken hervor, die hier von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Als vom Thema unabhängige Parameter der Untersuchung gelten zum einen der Nahostkonflikt selbst, der in seinen Grundfacetten stichpunktartig skizziert werden soll, und zum anderen die Existenz antisemitischer und antimuslimischer Ressentiments⁷ innerhalb der deutschen Gesellschaft, sowie deren diskursive Verflochtenheit mit dem Nahostkonflikt.

Anschließend soll das Verhältnis der deutschen Linken zum Thema über eine historische Herangehensweise nachgezeichnet werden. Entscheidend ist hier die Positionierung sowohl der frühen Arbeiterbewegung als auch der späteren sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen gegenüber dem Antisemitismus sowie dem Zionismus. Es folgt eine Darstellung der immer noch prägenden innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen des linken Nahostdiskurses in Deutschland ab 1945, die bewegungspolitischen, geopolitischen und kulturpolitischen Faktoren eine besondere Bedeutung zuordnet.

Der Kern der Untersuchung, die Politik der LINKEN, soll nach dieser historischen Darstellung erfolgen. Zu diesem Zweck kommen analytische Instrumentarien aus dem Bereich der institutionalistischen Parteiensoziologie zur Anwendung. Gefragt wird hier nach den strukturellen Rahmenbedingungen, die die innerlinke Nahostdebatte maßgeblich determinieren. Darin beinhaltet ist letztendlich eine ausführliche Darstellung von allen relevanten Ereignissen, die für diese Debatte prägend waren. Da diese mehr als oft unter dem Stichpunkt der Regierungsfähigkeit und der Akzeptanz des außenpolitischen Konsenses der restlichen Bundestagsparteien geführt wird, soll der Charakter deutsch-israelischer Beziehungen skizziert werden. Eng damit verbunden ist die Frage nach den vorherrschenden Paradigmata von Außenpolitik innerhalb der LINKEN, die letztendlich um diskursive Auseinandersetzungen über Bedeutung und

7 Eine gängige Bezeichnung für dieses Phänomen ist der Begriff „Islamophobie“ oder „Islamfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2012), unter dem sich in den letzten Jahren ein spezifisches Studienfeld ausgeformt hat. Allerdings wird in dieser Abhandlung der Begriff des „antimuslimischen Rassismus“ (Attia 2009) bevorzugt, da er das Wesen der Islamfeindlichkeit als Form eines essentialistischen Rassismus besser zum Ausdruck bringt. Laut Attia (2013) bilden „[d]ie Kulturalisierung des Islams und die Entpolitisierung gesellschaftlicher Verhältnisse [...] zentrale Argumentationen im antimuslimischen Diskurs, die nicht erfasst werden, solange der Fokus auf einer (berechtigten oder übertriebenen) Kritik an ‚dem Islam‘ als Religion analysiert wird“.

aktuelle Relevanz des marxistischen Imperialismusbegriffes kreisen. Nachdem die Partei als ein eigenständiger, historisch geprägter und korporativer Akteur dargelegt ist, soll dessen Interaktion mit Impulsen aus der globalen Solidaritätsbewegung zu Palästina nachgeprüft werden. Diese Impulse gewinnen angesichts einer fließenden Situation im Nahen Osten und hauptsächlich aufgrund des faktischen Scheiterns des Ansatzes einer Zweistaatenlösung zunehmend an Popularität. Zentral hier sind die BDS-Bewegung sowie theoretische Ansätze einer binationalen Einstaatenlösung für Israelis und Palästinenser.

Die Untersuchung stützt sich nicht nur auf eine Literaturrecherche,⁸ sondern auch auf zwanzig semistrukturierte Leitfadenterviews mit Akteuren aus der Partei und ihrem Umfeld, aus verschiedenen Denkrichtungen und organisatorischen Zusammenhängen. Als Leitidee der Arbeit gilt, dass unterschiedliche Dynamiken innerhalb der untersuchten Felder auch zu einer widersprüchlichen Gemengelage innerhalb der internen Nahostdiskussion der Linkspartei führen. Das hat zur Folge, dass diese weder ausschließlich auf ideologische noch auf realpolitische Faktoren reduzierbar ist. Vielmehr wird die Hypothese aufgestellt, dass das Wesen der Partei, selbst ein Amalgam reformistischer und antikapitalistischer Impulse, ein widersprüchliches ist, das zu einer Verstärkung der Widersprüche bei dieser Frage beiträgt.

Im Laufe der Arbeit sollen auch einige sich im Laufe dieser medienwirksamen Debatte verfestigte Ansichten kritisch auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Dazu zählt beispielsweise die gängige Annahme, alle gegenüber israelischen Anliegen verständnisvollen Parteiakteure stammten aus den neuen Bundesländern und der früheren PDS, während die Ansichten palästinasolidarischer Akteure eine Kontinuität zum westdeutschen linken Antizionismus der späten 60er und 70er darstellen. Hier wird gezeigt, dass bestimmte Diskurse nicht immer durch entsprechende Taten gedeckt werden, während eine große Anzahl von Akteuren kein verfestigtes Bild von diesem Konflikt pflegt und so aufgrund eines allgemeinen politischen Selbstverständnisses, das zwischen parlamentarischer und bewegungspolitischer Orientierung oszilliert, zu der einen oder anderen Positionierung in der Nahostfrage geneigt ist. Zu diesem Zweck wird neben der Feldtheorie auch ein weiteres Kernkonzept der Soziologie von Bourdieu verwendet, der Habitus.

8 Ein Teil der Primär- und Sekundärliteratur für diese Untersuchung stammt aus Online-Quellen. Wörtliche Zitate ohne Seitenangabe beziehen sich auf diese Online-Quellen.

Interview	Innerparteilicher Zusammenschluss	Tätigkeit	Zeit der politischen Sozialisation	Frühere politische Zugehörigkeit
1	SL	Strömungssprecher	90er-2000er	SPD/Jusos
2	SL	Kreisverband	80er-90er	SPD/Jusos
3	AKL	Linksfraktion	80er	Undogmatische Linke
4	-	Linksfraktion	70er	Kirchliches Spektrum/ Menschenrechte
5	BAK Shalom	Jugendverband/ In der Linksfraktion beschäftigt	2000er	Hochschulpolitik
6	BAK AuF	Jugendverband	90er-2000er	Undogmatische Linke
7	Marx21	Linksfraktion	90er	<i>Linksruck</i>
8	-	RLS	80er	Undogmatische Linke
9	SL	Linksfraktion	60er	DKP/PDS
10	-	Linksfraktion	80er	Undogmatische Linke/Umwelt- bewegung
11	-	RLS	80er-90er	Menschenrechte
12	BAG Gerechter Frieden	Kreisverband	2000er	Globalisierungskritik
13	AKL	Linksfraktion	90er-2000er	PDS/ Solid
14	-	Linksfraktion	60er	SPD/ Menschenrechte
15	-	In der Linksfraktion beschäftigt	90er-2000er	Globalisierungskritik
16	One Democratic State	Aktivist/in	70er	-
17	Global BDS	Aktivist/in	90er-2000er	-
18	FDS	Linksfraktion	90er	PDS
19	Marx21	Kreisverband	60er	Historischer SDS
20	SL	Linksfraktion	60er-70er	SPD/Jusos/PDS

Tabelle 1: Register der Teilnehmer der Stichprobe

2 Theoretische Grundlagen

Die Partei, die den Gegenstand dieser Untersuchung bildet, ist von besonderen Eigenschaften gekennzeichnet. Eine kritische Masse von Literatur existiert bis jetzt über die LINKE. Diese erstreckt sich von extremismustheoretischen Abhandlungen (Jesse/Lang 2008) bis hin zu Sammelbänden aus dem Umfeld der Partei (Brie/Hildebrandt 2006, Brie/Hildebrandt/Meuche-Mäker 2007) und kritischen Werken aus linker Sicht (Fülberth 2009). Besonders berücksichtigt in der Forschungsliteratur ist die Vorgängerpartei PDS (Brie/Herzig/Koch 1995, Neugebauer/Stöss 1996, Berend 2006, Prinz 2010) mit einem teilweise ausgeprägten Fokus auf die Kontinuitäten zwischen dieser und der LINKEN. Dagegen billigen Aufsätze im Sammelband von Tim Spier und anderen *Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft* (2007) der Rolle des eher westlichen WASG für die Entstehung und Verankerung der Partei in ihrer jetzigen Form eine viel größere Gewichtung zu.

Ist eine *Partei* als Untersuchungsobjekt für das Thema „Linke und Nahostkonflikt“ überhaupt relevant? In Zeiten des Auseinanderlebens von Parteien und Kernsegmenten ihrer Wählerschaft, einer gleichzeitigen Fragmentierung des Parteiensystems aufgrund der sinkenden Mobilisierungsfähigkeit großer Parteien (Wiesendahl 2006: 104) sowie eines deutlichen Vertrauensverlustes der Bevölkerung gegenüber diesen (vgl. Gabriel 2013, Niedermayer 2013: 55 ff.) stellt eine neue im Bundestag vertretene Partei, die sich entlang der Spaltungslinie zwischen Kapital und Arbeit positioniert, für die darauf bezogene Forschung eine Herausforderung dar.

Hier scheint das Gruppenstrukturierungsparadigma (Wiesendahl 2013), nach dem Parteien immer noch als Ausdruck kollektiver Interessen betrachtet werden können, empirisch mehr Wahrheitsgehalt als das Individualisierungsparadigma zu offenbaren, laut dem Modernisierungsprozesse die Bindung an Formen kollektiver Identität erodiert haben sollen (vgl. Inglehart 1977, 1990, Simmel 2008, Eith/Mielke 2007: 18 ff.). Parteien und die von ihnen vertretenen sozialen Interessen sind immer noch relevant (vgl. Pappi/Brandenburg 2010: 480, Debus 2010: 746 f.) und die Linkspartei existiert im Zeichen einer höchst widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung: einer parteipolitischen Umstrukturierung in der gesellschaftlichen Spaltungslinie zwischen Kapital und Arbeit bei einer gleichzeitigen Abschwächung der Bindungen von Wählern an Parteien.

Um den Charakter dieser Entwicklung zu verstehen, ist eine Platzierung in einem gesamteuropäischen sowie historischen Kontext erforderlich. Linke Parteien sind heute fester Bestandteil der Parteienlandschaft vieler europäischer Länder. Die Familie der europäischen Linksparteien ist eine höchst heterogene hinsichtlich der politischen Traditionen, Organisationsstruktur und gesellschaftlichen Verankerung dieser Parteien. Diese Elemente, stehen häufig mit den institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Parteiensystems im Zusammenhang (Spier/Wirries 2007, March 2011, Hudson 2012, Janssen 2013). Ihre gemeinsame Identität wird in vorderster Linie von der Abgrenzung gegenüber der sozialdemokratischen und grünen Parteienfamilie abgeleitet. Insbesondere die Krise einer in „Marktsozialdemokratie“ (Nachtwey 2009) gewandelten Sozialdemokratie verhalf diesen Parteien, eine entsprechende Repräsentationslücke unter wichtigen Segmenten von Arbeitnehmern und Arbeitslosen zu füllen.

Darüber hinaus nehmen diese Parteien unterschiedliche Gestalten an. So ist der Kern des breiten griechischen Linksbündnisses Syriza aus dem griechischen Zweig des „Eurokommunismus“ hervorgegangen, während die französische Parti de Gauche eine Linksabspaltung der Sozialistischen Partei darstellt, die zusammen mit der Kommunistischen Partei Frankreichs den Großteil des losen Wahlbündnisses Front de Gauche ausmacht. Die LINKE kann analog zu diesen Parteien nicht als bloße Kontinuität der postkommunistischen PDS angesehen werden, sondern repräsentiert das Zusammenkommen unterschiedlicher linker Kräfte und politischer Sozialisationen in Deutschland unter spezifischen historischen Bedingungen, auch wenn sie als eine einheitliche politische Organisation aufgestellt ist.

2.1 Diskurs- oder Policy-Analyse?

Die Besonderheit des Themas besteht in der Vielfalt der möglichen Untersuchungsebenen. Untersucht werden nämlich zugleich eine politische Partei und ein Diskurs, sowie deren Interaktionsverhältnis. Diese Besonderheit erfordert zwangsläufig eine Forschungsherangehensweise, die in der Lage ist, die beiden Ebenen in Einklang zu bringen und so die reduktionistischen Fallen einer ausschließlichen Fokussierung auf die eine oder andere Ebene zu vermeiden.

Bis jetzt wurde die Thematik des Verhältnisses der deutschen Linken zum Nahostkonflikt entlang zweier Perspektiven erforscht. Zum einen geschah dies durch ihre Einbettung in die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung (Keßler 1993) oder der DDR (Timm 1997). Zum anderen wird das Thema vom Gesichtspunkt des Werdegangs der (westdeutschen) Linken der Nachkriegszeit behandelt, entlang einer Ebene, die insbesondere vom Agieren außerparlamentar-

rischer Bewegungen geprägt war (Kloke 1990, Ullrich 2008). Diese Art von Forschung, insbesondere die Werke von Ullrich, haben wertvolle Erkenntnisse gebracht, vor allem bezogen auf Entwicklung und Werdegang eines spezifisch deutschen linken Nahostdiskurses. Die Grenzen einer reinen Fokussierung auf Diskurse offenbaren sich allerdings in der Anwendung auf eine insitutionalisierte politische Organisation.

Eine soziologische und neoinstitutionalistische Herangehensweise zur Linkspartei als institutionell eingebettetes Produkt langfristiger sozialer und politischer Entwicklungen scheint einen Schritt in diese Richtung zu liefern. Trotzdem macht der neuralgische Charakter des zu untersuchenden Problemfeldes eine Berücksichtigung der historischen Entwicklung von Diskursen um das Thema unumgänglich. Um die scheinbare Kluft zwischen der Analyse von institutionellem Handeln einerseits und den Auswirkungen politischer Diskurse auf die Mikroebene individueller Akteure andererseits zu bewältigen, soll hier Rückgriff auf die Soziologie von Pierre Bourdieu genommen werden, insbesondere auf seine Feldtheorie und seine Theorie des Habitus. Aus dieser Soziologie werden zwei Postulate abgeleitet, die das theoretische Rückgrat dieser Untersuchung bilden.

Zum einen ist es die Annahme, dass die politische Sozialisation individueller Akteure für die theoretische und praktische Haltung zum Thema Nahostkonflikt von entscheidender Bedeutung ist. Diese Sozialisation, die das Denken und Handeln der Akteure bei dieser Frage maßgeblich lenkt, soll unter dem Begriff des *Habitus* subsumiert werden. Der Habitus bildet den Schnittpunkt individueller Erfahrungen und Politikverständnisse der Akteure sowie der Strukturen, entlang denen sie sich bewegen. Diese Strukturen sind wiederum als *Felder* zu theoretisieren.

Daran anschließend besagt die zweite wichtige Hypothese dieser Untersuchung, dass die innerparteilichen Kontroversen der Linkspartei über den Nahostkonflikt letztendlich Auseinandersetzungen sind, die entlang dreier relativ autonomer Politikfelder mit ihrer jeweils eigenen Logik ausgetragen werden. Die drei hier konzipierten Felder sind:

- das *parlamentarische Feld*
- das *Bewegungsfeld*
- das *ideologische Feld*

Drei Gründe machen eine Berücksichtigung dieser Ebenen erforderlich. Zum einen weist der Nahostkonflikt eine neuralgische Bedeutung für das innen- und außenpolitische Selbstverständnis des deutschen Staates auf. Diese Bedeutung wird häufig unter dem Begriff der „Staatsräson“ erfasst und ist unter dem Stichwort der Regierungsfähigkeit für die LINKE als parlamentarischen Akteur ä-

berst relevant. Zum anderen ist das spezifisch *linke* Meinungsbild über den Nahostkonflikt eins, das in Debatten innerhalb sozialer Bewegungen wie der Außerparlamentarischen Opposition nach 1967 oder der Bewegung gegen den Irakkrieg von 2003 ausgeformt wurde. Schließlich ist die linke Debatte über den Nahostkonflikt durch eine theoretische Überkomplexität charakterisiert. Diese umfasst verschiedene Teilbereiche, wie etwa die Frage des Imperialismus, des Antisemitismus oder des Kolonialismus. Jedes der drei Felder ist durch eine eigenständige Logik, Praxis und Ziele gekennzeichnet, die später in diesem Abschnitt präziser nachgezeichnet werden sollen.

Als Leithypothese gilt hier, dass die Ursachen für den Dissens im Thema Nahostkonflikt innerhalb der Linkspartei weniger in spezifisch deutschen Befindlichkeiten oder in den unterschiedlichen kulturellen Sozialisationen der Ost- und Westmitglieder liegen. Auch wenn diese Elemente in der Debatte mit Sicherheit eine Rolle spielen, entspringt diese mehr den unterschiedlichen Logiken vom parlamentarischen Feld sowie vom Bewegungsfeld. Als eine selbstdefinierte bewegungsorientierte Partei im Bundestag mit einer spezifischen Entstehungsgeschichte schließt die Linkspartei Elemente beider Dynamiken mit ein. Das ist wiederum ihrem Wesen als eine der vielen widersprüchlichen linken „radikalreformistischen“ Formationen geschuldet, die in vielen europäischen Ländern zunehmend ab Mitte der 2000er die politische Bühne betraten.

Gefragt wird hier vor allem, welche dieser beiden Dynamiken im Verlauf der Debatte zwischen 2006 und 2011 dominant gewesen ist. Handelte es sich um einen in der Öffentlichkeit ausgetragenen und szeneninternen Krieg der Linken, oder war das Thema Nahost einer der vielen Streitpunkte in der strukturellen Auseinandersetzung zwischen den Ansätzen von Regieren und Opponieren? Wird die Linkspartei den Weg der Grünen gehen, die während ihrer Institutionalisierung ihre Haltung zum Konflikt, wie bei vielen anderen außenpolitischen Fragen, an die Vorstellungen der anderen Parteien angepasst haben? Wie wird die Partei ihr programmatisches Bekenntnis zur Zweistaatenlösung mit deren zunehmender *realer* Perspektivlosigkeit weiterhin vereinbaren können? Wie wird sie sich künftig gegenüber transnationalen sozialen Bewegungen wie der BDS-Kampagne verhalten? Auch wenn nicht alle diese Fragen beantwortet werden können, ist es hier möglich, Eckpunkte für das künftige Handeln der Partei in dieser Frage aufzustellen.

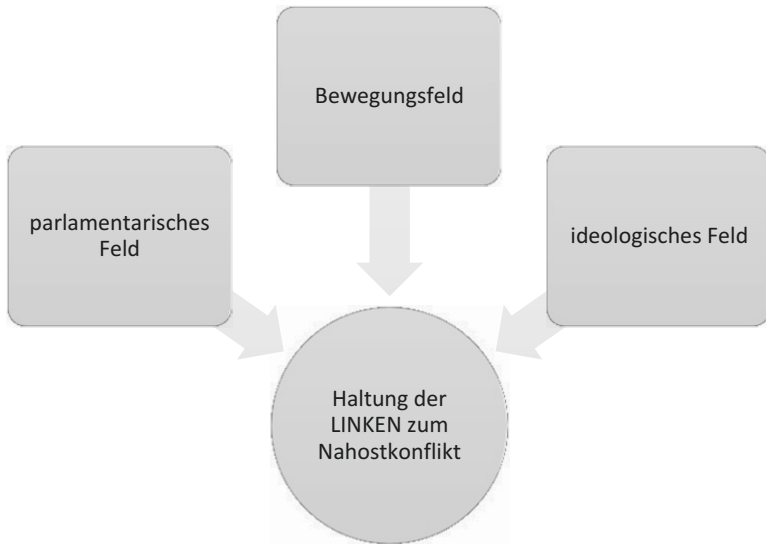


Abbildung 1: Die Felder der Nahostdebatte in der LINKEN

Die drei aufgestellten Felder existieren nicht unabhängig von den Subjekten. Die Akteure strukturieren diese durch ihr Handeln und werden wiederum von diesen geprägt. Für Bourdieu ist ein Feld „ein Spiel-Raum, ein Feld objektiver Beziehungen zwischen Individuen oder Institutionen, die miteinander um dieselbe Sache konkurrieren“ (1993: 188), nämlich um verschiedene Sorten von Kapital. Für soziales Handeln bedarf es der „Begegnung zweier Geschichten“: des „Zusammenspiel[s] der in Gestalt von Strukturen und Mechanismen [...] dinglich *objektivierten* Geschichte und der in Gestalt des Habitus in Körpern *einverlebten* Geschichte“ (2001: 193, Hervorhebung im Original). In den Meinungen und Handlungen individueller Akteure spiegeln sich somit gesellschaftliche, feldbedingte Prozesse wider, die von den Akteuren durch ihr Handeln mitstrukturiert werden. Die zentralen Begriffe des Feldes und des Habitus sollen im Folgenden näher erläutert werden.

2.1.1 Das Feld

Das Feld ist ein Ort, in dem sich soziale Praxisformen ausspielen. Der gesellschaftliche Raum ist in Bourdieus Meisterwerk, *Die feinen Unterschiede* (1982) in verschiedene Felder unterteilt (ökonomisches, juristisches, politisches und kulturelles Feld), wo der Habitus zum Ausdruck kommt. Allerdings ist von Feldern nur dort die Rede, wo bestimmte Dimensionen gesellschaftlicher Praxis *professionalisiert* werden (Koch 1998: 90). Als Beispiel für ein Feld nennt Bourdieu (1982: 358) den autonomen Bereich der Kulturproduktion. Dieser werde unter anderem von einer Reihe kultureller Objekte, Begriffssysteme und Theorien zusammengesetzt, die den Spielern ihre eigenen Regeln aufzwingen (1982: 358). Gleichzeitig betont Bourdieu, dass entgegen Behauptungen einer „objektiven Erkenntnis ohne erkennendes Subjekt [...] das objektivierte kulturelle Kapital in seiner materiellen und symbolischen Wirksamkeit“ sich nur aufgrund der Kämpfe verselbstständigen kann, die auf den Feldern der Kulturproduktion toben (1982: 358). Die Auseinandersetzungen um mehr Kapital zwischen verschiedenen Akteuren prägen somit die Dynamik der Felder und tragen zu deren Reproduktion *als solche* bei. Obwohl jedes Feld nach eigenen Regeln strukturiert ist, erkennt Bourdieu (1993: 108) im Kampf zwischen Neulingen und im Feld etablierten Akteuren eine strukturelle Gemeinsamkeit von diesen.

Ein weiterer Aspekt der Feldtheorie beschäftigt sich mit der Konkurrenz zwischen den Feldern. So formierte sich laut Bourdieu (1982: 361) das Feld der Kulturproduktion in Konkurrenz zum ökonomischen Feld aus. Anders als der „reine Künstler“ riskiert der ökonomisch erfolgreiche Künstler aufgrund der wachsenden Zugänglichkeit zu seinen Werken einen Statusverlust im Feld der Kulturproduktion.⁹ In diesem fungieren Innovation und ein höheres ästhetisches Vermögen zum Genuss der produzierten Werke als Mittel der Distinktion und Abhebung gegenüber anderen Akteuren im selben Feld. Der in seinem Feld anerkannte Künstler ist in der Lage, das von seiner Tätigkeit erzeugte symbolische Kapital in ökonomisches Kapital zu verwandeln, muss jedoch die Konkurrenz von neuen Herausforderern in seinem Feld fürchten. Was in einem Feld ein Vorteil ist, stellt in einem anderen einen Nachteil dar.

Ein ähnliches Konkurrenzverhältnis besteht zwischen dem parlamentarischen Feld und dem Bewegungsfeld, da in beiden Feldern höchst unterschiedliche Praxen und Prioritäten vorherrschen. Dieses Verhältnis sollte gleichzeitig als widersprüchlich aufgefasst werden, da es nicht nur eins der Konkurrenz, sondern

9 Als Beispiel nennt Bourdieu den Kontrast zwischen hohen, auf ein bürgerliches Publikum zugeschnittenen Preisen für Neuaufführungen bekannter Theaterstücke und den vergleichsweise niedrigen Preisen für experimentelle Theaterstücke, die mit ethischen und ästhetischen Konventionen brechen (1982: 369).

auch ein Komplementärverhältnis ist (von Winter 2013: 387ff.). Beide Instanzen verfügen über einen intermediären Charakter. Während parlamentarische Parteien den Vorteil besitzen, Leistungen auf institutioneller Ebene in Form von Umsetzungen von Entscheidungen hervorbringen zu können, sind Bewegungen näher an Individuen und gesellschaftlichen Gruppen angesiedelt (2013: 389). Obwohl beide Akteure in einem Kontext agieren, der von den gleichen institutionellen Strukturen und gesellschaftlichen Konfliktlinien geprägt ist (2013: 392), besteht zwischen ihnen aufgrund der unterschiedlichen Einbettung und Operationsweisen ein informelles, von kurzfristigen Kalkülen bestimmtes und wenig verbindliches Verhältnis (Poguntke 2000: 43). Parteien, die ein enges Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen pflegen und mit diesen personell verwoben sind, gehen das Risiko einer Doppelstruktur ein (Wiesendahl 2001: 615), in der eine Profipartei neben einer vereinsartigen Partei besteht. Eine Gefahr der Entfremdung beider Komponenten ist somit in Sicht, was parteiinterne Spannungen zur Folge haben kann.

Hier ist es wichtig zu betonen, dass die Anwendung der Feldtheorie im Sinne Bourdieus in diesem Fall eine lose ist. In der ursprünglichen Konzeption des Begriffes wird die jeweilige Position der Akteure innerhalb der Felder von der Verfügung über spezifische Sorten von Kapital bestimmt, sowie durch die soziale Laufbahn (*trajectoire*), d.h. die Veränderung der kapitalbedingten Position der Akteure innerhalb der Klassenstruktur. Die Existenz von verschiedenen messbaren Formen von Kapital in den hier aufgestellten Feldern ist jedoch nur schwer bis gar nicht operationalisierbar. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die hier untersuchten Akteure im Fall des Israel-Palästina-Konfliktes innerhalb aller drei Felder nahezu simultan operieren und abwechselnd um Einfluss im bürokratischen Parteiapparat, um die Deutung von Ereignissen auf der Ebene sozialer Bewegungen, sowie um die Deutungshoheit über den Begriff „links“ konkurrieren. Die Affinität oder Zugehörigkeit zu einem bestimmten Feld, die einen Einfluss auf die Positionierung zum Nahostkonflikt ausübt, wird hier vordergründig von der politischen Sozialisation der Akteure bestimmt, die bestimmte Dispositionen hervorruft und die mittels der historischen Schilderung der Entwicklung der linken Positionierung zum Nahostkonflikt in Deutschland in dieser Arbeit erklärt werden soll.

2.1.2 *Der Habitus*

Als „Scharnier“ (Koch 1998: 96) zwischen Klassenstruktur und Lebensstilen ist für Bourdieu der Habitus ein allgemeines Synonym für die Haltung des Individuums in der sozialen Welt, seine Disposition, seine Gewohnheiten, seine Le-

bensweise, seine Einstellungen und seine Wertvorstellungen (Fuchs-Heinritz/König 2005: 114). Der Habitus ist ein „Erzeugungsprinzip klassifizierbarer Formen von Praxis und *Klassifikationssystem* (principium divisionis) dieser Formen“ (Bourdieu 1982: 277, Hervorhebung im Original). Er funktioniert als ein System von Generierungsschemata bzw. Strategien für den Umgang der Akteure mit den vom Feld aufgezwungenen Regeln (1993: 113).

Diese Generierungsschemata lassen sich unterteilen in Wahrnehmungsschemata, die die alltägliche Wahrnehmung der sozialen Welt strukturieren, Denkschemata, zu denen Theorien und Klassifikationsmuster gehören, und Handlungsschemata, die von individuellen oder kollektiven Akteuren hervorgebracht werden (Schwingel 1995: 56). Der Habitus ist einerseits „strukturierte Struktur“, wird also von gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen er agiert, geprägt, ist aber andererseits auch „strukturierende Struktur“ und ermöglicht es somit den Akteuren, die Welt, in der sie sich bewegen, zu klassifizieren. Sehr passend wird deshalb der Habitus auch als das Mittel beschrieben, mit dem das „soziale Spiel“ bei biologischen Individuen eingraviert wird (Wolfreys 2000).

Dies brachte Bourdieu oft den Vorwurf einer Reproduktion des Strukturalismus von Levi-Strauss und Althusser ein, den er generell ablehnte (Schwingel 1995: 63 ff., Callinicos 2007: 291). Relativiert wird diese Ähnlichkeit durch die Tatsache, dass Bourdieu den Habitus nicht als theoretischen Lösungsvorschlag allgemeinsoziologischer Problemstellungen intendiert hat (Schwingel 1995: 53), was eine offene und deskriptive statt einer analytischen Verwendung des Konzeptes wie in diesem Fall zulässt.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Habitus als System der Aneignung von Ressourcen in einem bestimmten Feld keine den Akteuren bewusste Strategie darstellt, sondern seine Funktion unbewusst ausführt (Bourdieu 1993: 113 f.). Für Bourdieu sind jedoch Menschen in ihrem Handeln nicht bloße Handlanger von Strukturen: Menschen werden nicht mit einem Habitus geboren, sondern dieser wird in einem jetzt vergessenen, unbewussten Sozialisationsprozess angeeignet. Mit diesem Konzept versuchte Bourdieu einen Mittelweg zu finden, der sich deutlich von Rational Choice bzw. methodologisch-individualistischen Ansätzen, aber auch vom subjektlosen Strukturalismus abgrenzt.¹⁰

10 Bourdieu begann seine Karriere als Philosoph und ging später in die ethnologische Forschung über mit einem Forschungsaufenthalt in Algerien, der großen Einfluss auf sein späteres Denken ausüben sollte. Auch der politische und intellektuelle Kontext Frankreichs zu der Zeit spielte eine wesentliche Rolle. Geprägt wurde das Land durch die Stabilität der semiautoritären Herrschaft von Charles de Gaulle. Im philosophischen Denken herrschte einerseits der „antihumanistische“ strukturalistische und subjektlose Marxismus von Louis Althusser (vgl. Wolf 2010) und andererseits der methodologische Individualismus von Jean-Paul Sartre (1967), der in Strukturen das unbeabsichtigte Resultat von individuellem Handeln erkannte.